



Hannover, den 15. Januar 2026

Über den Wolken...

Der Ganztageserlass hat jede Bodenhaftung verloren

Gemeinsame Stellungnahme des SLVN e.V., der LINGS e.V., der GGG e.V. und der GEW zum Erlass "Die Arbeit in der Ganztagschule"

Eine Vorbemerkung: Die unterzeichnenden Verbände und die GEW arbeiten konstruktiv, kollegial und lösungsorientiert auch und besonders mit dem Kultusministerium zusammen – zum Beispiel im Rahmen von Anhörungsverfahren. Wenn jedoch wie hier unsere sorgfältig erstellten Hinweise keinen Anruf, keine Mail und nicht einmal eine Eingangsbestätigung wert sind, haben wir verstanden: Zumindest dieses Anhörungsverfahren war nur Partizipationstheater.

Ganztagschule ist so eine gute Idee: Wer seine Ganztagschulen aber so ausstattet wie das Land Niedersachsen, entfernt sich von jedem Qualitätsanspruch. Das hindert das Kultusministerium nicht daran, so zu tun, als meine man es ernst.



Bereits im Rahmen des Anhörungsverfahrens haben wir deutlich gemacht: Der Erlassentwurf ist hinsichtlich der Begriffe „(inklusive) Bildung“, „Erziehung“ und „Betreuung“ wesentlich zielunklar: Hier wäre der Bildungs- und Erziehungsauftrag gegenüber Betreuungsansprüchen stärker hervorzuheben gewesen.

Dieser Einwand ist ebenso ungehört geblieben wie der Hinweis auf die katastrophale Entwicklung aufgrund des Ganztagsförderungsgesetzes zum 01.08.2026, die SLVN und LINGS bereits in „Mandalas statt Mathe“ pointiert angegriffen haben. Auch der Erlass versäumt es, die Ganztagsgrundschulen vor Anforderungen zu schützen, die tatsächlich an die Jugendhilfeträger zu richten sind.

Ohne jede Bodenhaftung fantasiert der Erlass von ganzheitlicher Bildung mit Sport und Bewegung, mathematisch-naturwissenschaftlichen und sprachlich-geisteswissenschaftlichen Angeboten, kultureller, politischer und digitaler Bildung, Sprachförderung und Berufsorientierung, handwerklichen Angeboten und Medienkompetenz, Ernährungs- und Verbraucherbildung und religiöser Bildung, globalen



Herausforderungen und sozialen Kompetenzen, Demokratiebildung und nachhaltiger Entwicklung – eins wichtiger und ehrenhafter als das andere, additiv aufgelistet und in krassem Gegensatz zu einer Schulrealität, die alles das nicht abbilden kann mit einer anteiligen Faktorisierung (in der Verwaltungspraxis 0,75) und einer Ressourcenausstattung nur für Angebote von mindestens zwei Unterrichtsstunden.

Während wir im Schulverwaltungsblatt blättern, erzwingen einige Schulträger Gremienbeschlüsse und Ganztagskonzepte von ihren Schulen, die das Land nicht ausreichend davor schützt, zu reinen Betreuungseinrichtungen anstelle der elternfinanzierten Hortlösungen zu werden. Der Schulvorstandsbeschluss sollte nach unserer Auffassung auch dann Antragsvoraussetzung sein, wenn der Schulträger Antragsteller ist. Ganztagschulen wider Willen können nicht im Interesse des Landes liegen.

Ebenso utopisch erscheinen die Vorstellungen von einem gesunden Mittagessen: Der in 2.10. formulierte Anspruch steht in mehrfacher Hinsicht in Widerspruch zu aktuellen Pasta-Realitäten. Das betrifft die Qualität der Schulverpflegung ebenso wie die gesellschaftliche Etablierung der DGE-Standards, die Teilhabe aller Schüler:innen und die Tisch- und Esskultur (die z.B. mit dem Betreuungsschlüssel in der Mittagspause zusammenhängt).

Nun ist ja nicht der Anspruch zu kritisieren, sondern die Umsetzung, die überwiegend in der Verantwortung der Schulträger liegt. Da es wenig Sinn macht, dass das Land Qualitätsstandards formuliert, die die Kommunen (nicht) umsetzen müssen, hätte ein innovativer Ganztagerlass die Überprüfung der Umsetzung in den Blick zu nehmen, statt bei einer Vision guter Schulverpflegung stehen zu bleiben.

Im Ergebnis folgt der Erlass Vorstellungen gelingender Bildungsprozesse und verliert die Umsetzungsebene aus dem Blick. Die mangelnde Ausstattung der Schulen mit Personalressourcen und die vernachlässigte Berücksichtigung des Ganztagsförderungsgesetzes führen im Ergebnis dazu, dass dieser Erlass keine Wirksamkeit entfalten kann, sondern vielmehr alle Akteurinnen und Akteure in Schule und insbesondere die Schulleitungen zwischen Anspruch und Wirklichkeit verzweifeln lässt.

Für den SLVN e.V,

Matthias Aschern
Gregor Ceylan
Jan Pössel
Katja Tank

Für den LNGS e.V,

Jörg Bratz
Marion Borderieux
Claudia Rudat
Petra Binder

Für die GGG e.V.

Ulla Pleye

Für die GEW

Stefan Störmer